

Antrag 62/I/2022**UB Uckermark, UB Barnim****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt****Den Gewinn aus dem Ausbau erneuerbarer Energien fair verteilen - lokale Nutzung produzierter erneuerbarer Energie möglich machen**

1 Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam
2 mit in der Sache verbündeten Bundesländern ei-
3 ne Bundesratsinitiative für die gerechte Verteilung
4 der Gewinne aus dem Ausbau Erneuerbarer Energi-
5 en einzubringen. Die Bundesratsinitiative soll zen-
6 tral zum Ziel haben, eine direkte Nutzung von vor
7 Ort produzierter erneuerbarer Energie möglich zu
8 machen. Regional sollte der Strom zu einem deut-
9 lich günstigeren Tarif verbraucht werden können
10 und zwar mindestens immer dann, wenn der Strom
11 nicht abtransportiert werden kann. Dadurch würde
12 das Ziel erreicht, dass die Bürgerinnen und Bürger,
13 die Unternehmen vor Ort und die Kommunen eine
14 Wertschätzung, als Äquivalent für den gesellschaft-
15 lichen Einsatz in Sachen Energiewende, erfahren.
16 Außerdem sollte das Finanzausgleichsgesetz modi-
17 fiziert werden. Zuweisungen aus dem Land in eine
18 Region sollten sich nicht nur nach der Anzahl der
19 Einwohner richten, sondern in Kombination ebenso:
20 • dem Pro-Kopf-Beitrag zur CO2 Reduktion
21 • der Menge an erzeugter regenerativer Energie
22 pro Kopf und der Gemeindefläche.
23 Weiterhin fordern wir die Einrichtung eines Förder-
24 fonds für regenerativ erzeugende, energieliefernde
25 Kommunen aus dem ländlichen Raum, um die ge-
26 meindliche Infrastruktur zu finanzieren.
27 Darüber hinaus wird der sozialdemokratische Teil
28 der Landesregierung und die SPD- Landtagsfrakti-
29 on aufgefordert, gemeinsam mit der Landesgruppe
30 Brandenburg in der SPD- Bundestagsfraktion weiter
31 daran zu arbeiten, eine langfristig nachhaltige Lö-
32 sung in der Energiepolitik umzusetzen, die den Aus-
33 bau erneuerbarer Energien vor Ort intensiver för-
34 dert, Regionen mit einem hohen Maß an Produk-
35 tion erneuerbarer Energie konkret belohnt und die
36 Strompreise für Bundesländer, die in Übermaß für
37 erneuerbare Energie sorgen, nachhaltig senkt.

38

Begründung

39 Brandenburg hat – wie viele andere Bundesländer
40 im Norden und Osten Deutschlands – seine Chance
41 genutzt und in den vergangenen Jahren die erneuer-
42

Erledigt durch Leitantrag

43 baren Energien massiv ausgebaut. Zugleich profitie-
44 ren die Menschen vor Ort nicht direkt davon, im Ge-
45 genteil: Über weiterhin besonders hohe Netzentgel-
46 te müssen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort hohe
47 Strompreise, trotz eines Übermaßes an günstig pro-
48 duzierter erneuerbarer Energie vor der Haustür, zah-
49 len. Nirgendwo in Deutschland wird so viel erneuer-
50 bare Energie produziert, wie bei uns in Brandenburg
51 – wir können bereits jetzt nahezu unseren gesamten
52 Stromverbrauch daraus decken. Und dennoch ist der
53 Vorteil aus unserer Vorreiterrolle im Ausbau der er-
54 neuerbaren Energien nur bedingt konkret greifbar.
55 Die Produktion von erneuerbarer Energie ist zu ei-
56 nem echten Standortvorteil geworden. Viele Unter-
57 nehmen legen heutzutage einen besonderen Wert
58 auf die Nutzung von Strom aus klimaneutralen
59 Quellen. Erneuerbare Energie vor Ort wird des-
60 halb ein ebenso wichtiger Standortvorteil wie klas-
61 sischerweise Boden, die vorhandene Infrastruktur
62 oder das Fachkräftepotenzial in der Region.
63 Von dieser Entwicklung könnte Brandenburg deut-
64 lich mehr profitieren. Seit vielen Jahren fordern wir
65 als SPD Brandenburg ein Ende der ungerechten Ver-
66 teilung der Strompreise über die Netzentgelte – dar-
67 an werden wir auch in Zukunft festhalten. Es gibt
68 aber einen anderen Schritt, über den wir kurzfristig
69 mehr Fairness in der Energiepolitik herstellen kön-
70 nen. Mit diesem Antrag fordern wir die Möglichkeit
71 der direkten Nutzung von in der Region produzier-
72 ten erneuerbaren Energien genau dort, wo sie auch
73 hergestellt werden. Wenn Unternehmen und Neu-
74 ansiedlungen in einem größeren Stil die erneuer-
75 bare Energie nutzen könnten, die bei ihnen vor Ort
76 produziert wird, würde das die Preise senken, die
77 Möglichkeit zum Aufbau neuer Arbeitsplätze bie-
78 ten, mehr Fairness schaffen und den vorhandenen
79 Standortvorteil deutlich ausbauen.
80 Eine direkte Nutzung der vor Ort produzierten er-
81 neuerbaren Energie würde den Mehrwert aus dem
82 Ausbau eben jener Energie konkret spürbar werden
83 lassen. Zugleich wäre eine solche Änderung ein gro-
84 ßer Anreiz für den weiteren Ausbau der erneuerba-
85 ren Energien und insbesondere in der aktuellen En-
86 ergiepreiskrise resultierend aus Putins Angriffskrieg
87 auf die Ukraine ein wichtiger Anstoß für eine schnel-
88 lere Energiesouveränität Deutschlands. Eine solche
89 Regelung könnte das Potenzial haben, Bremserlän-
90 der wie Bayern bei der Energiewende zu motivieren,
91 endlich ernsthaft den Ausbau der erneuerbaren En-

92 ergien bei sich voranzutreiben. Und es würde Länder
93 wie Brandenburg für den eigenen Ausbau belohnen
94 – ohne notwendige Solidarität bei der Energiever-
95 sorgung in der aktuellen Krise zu beeinträchtigen.
96 In der Forderung der direkten Nutzung von erneu-
97 erbaren Energien vor Ort hätten wir insbesondere
98 in Nord- und Ostdeutschland viele verbündete Bun-
99 desländer. Eine Bundesratsinitiative mit dieser Stoß-
100 richtung halten wir deswegen für sehr sinnvoll. Zu-
101 gleich wäre dies ein geschlossenes Zeichen, dass die
102 Bundesländer, die Vorreiter beim Ausbau der erneu-
103 erbaren Energien sind, auf mehr Fairness dringen
104 und die Bundesländer, die bisher als Bremser bei der
105 Energiewende auffallen, dringend angehalten sind,
106 endlich ihren eigenen Beitrag zu einer erfolgreichen
107 Energiewende zu leisten.
108 Langfristig ist es nur gerecht, wenn die Produktion
109 günstiger erneuerbarer Energien vor Ort sich auch
110 in einem günstigen Energiepreis bei den Menschen
111 ausdrückt. An einer umfassenden Lösung in diese
112 Richtung sollten die sozialdemokratischen Vertreter
113 unserer Landesregierung gemeinsam mit der SPD-
114 Landtagsfraktion sowie der Landesgruppe Branden-
115 burg in der SPD-Bundestagsfraktion weiter ent-
116 schlossen arbeiten.
117